



<https://biz.li/2yei>

BUNDESVERBAND DER SYSTEMGASTRONOMIE FORDERT DAUERHAFTEN SENKUNG DER MEHRWERTSTEUER AUF SPEISEN

Veröffentlicht am 02.12.2024 um 16:48 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Deutschland steht vor erheblichen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen. Die deutsche Wirtschaft verliert an Wettbewerbsfähigkeit, schwächelt zwischen Stagnation und Rezession und die Wachstumsprognosen sinken. "Besonders die vorwiegend mittelständisch geprägten Unternehmen der Systemgastronomie leiden unter steigenden Kosten, übermäßiger Bürokratie und zunehmenden ordnungspolitischen Vorgaben und Eingriffen in die unternehmerische Freiheit", so der Bundesverband der Systemgastronomie (BdS) in einer Pressemitteilung. Die Rückkehr zum Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent zu Beginn des Jahres verschärft die Situation noch weiter, so der BdS: die Branche verzeichnet erhebliche Besucherrückgänge. "Restaurantbesucher sind zunehmend preissensibel, weichen vermehrt auf günstigere Angebote aus oder verzichten ganz auf ein gastronomisches Erlebnis", so der Verband. Zur anstehenden Neuwahl des Deutschen Bundestags im kommenden Jahr veröffentlicht der Bundesverband der Systemgastronomie ein Positionspapier mit seinen Erwartungen an die zukünftige Bundesregierung der 21. Legislaturperiode. Ein Umdenken in der Politik sei dringend nötig. "Bürokratieabbau, steuerliche Entlastungen und ein Ende übermäßiger Regulierung müssen die Grundlage für eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft bilden. Es braucht Mut, die richtigen Weichen für nachhaltiges Wachstum und die Stärkung der unternehmerischen Freiheit zu stellen", erklärt BdS-Hauptgeschäftsführer Markus Suchert. "Die für die Branche wichtigste Forderung mit dem größten Hebel, um die derzeit herausfordernden Zeiten zu bewältigen, ist die Wiedereinführung von 7 % Mehrwertsteuer auf Speisen. Die Zeit zum Handeln ist jetzt – denn für eine starke Wirtschaft braucht es eine starke Systemgastronomie!", so Suchert weiter. Darüber hinaus adressiert der BdS weitere Schwerpunkte für die Branche, wie die Stärkung der Tarifautonomie, die Beschleunigung der Erwerbsmigration, einen entschiedenen Abbau von Bürokratie und übermäßiger Regulierungen, die für die Systemgastronomie von großer Bedeutung sind. Zudem müsse die neue Bundesregierung auch ideologiegetriebenen Verpackungsverbote oder Flickenteppichen durch kommunale Verpackungssteuern eine deutliche Absage erteilen. "Unsere Branche braucht verlässliche Rahmenbedingungen und eine Politik, die die Unternehmen der Branche stärkt, ihnen vertraut und sie nicht durch Verbote und Überregulierung ausbremst", betont Suchert. Schließlich ist die Systemgastronomie nicht nur Gastgeber für Millionen Menschen und ein bedeutender Teil der Gastronomie in Deutschland, sondern auch zentraler Chancengeber mit enormer Integrationskraft. Der BdS appelliert an die Politik, mit den im Positionspapier genannten Maßnahmen die Systemgastronomie als bedeutenden Wirtschaftszweig zu unterstützen und ihre Zukunft nachhaltig zu sichern.